



**VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND
UNTERNEHMER
VERTRETUNG IN DEUTSCHLAND, BERLIN**

ALMANYA BASIN DEĞERLENDİRMESİ

12.10.2009- 16.10.2009

TS-BER/2009/46

Die Türkei stellt Bedingungen Forderung nach einem Abzug Armeniens aus Aserbeidschan

Neue Zürcher Zeitung
SCHWEIZER AUSGABE

Neue Zürcher Zeitung, 12.10.2009

Der türkische Regierungschef Erdogan sieht nach dem Abkommen von Zürich primär Armenien gefordert. Er betont, dass ohne einen Abzug Armeniens aus Aserbeidschan keine Grenzöffnung möglich sei.

Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan hat das mit Armenien unterzeichnete Abkommen zwar als wichtigen Schritt gelobt. Gleichzeitig machte er am Sonntag aber klar, dass es auf dem Weg zur Umsetzung der in Zürich signierten Protokolle noch grosse Hindernisse zu überwinden gilt. Namentlich mit Blick auf den Konflikt um die von Armenien besetzte Enklave Nagorni-Karabach in Aserbeidschan signalisiert Erdogan keine Kompromissbereitschaft: Armenien müsse sich aus der besetzten Enklave zurückziehen, forderte der Regierungschef. Solange es in diesem Gebiet armenische Truppen gebe, könne die Türkei keine Schritte zur Grenzöffnung unternehmen.

Unsichere Ratifizierung

Die Verknüpfung der Grenzöffnung mit einer Lösung des Konflikts um Nagorni-Karabach lässt keine rasche Normalisierung des bilateralen Verhältnisses erwarten. Auch die türkische Opposition drängt darauf, bei diesem Territorialstreit dem Verbündeten Aserbeidschan, mit dem man enge kulturelle und linguistische Bande teilt, mit unverminderter Stärke beiseite zu stehen. Erdogan zeigte sich am Sonntag sichtlich bemüht, diesen Erwartungen zu entsprechen: Man werde die in Zürich unterzeichneten Protokolle zwar dem Parlament zur Ratifizierung unterbreiten, sagte Erdogan. Das Parlament werde beim Entscheid über die Ratifizierung aber die Situation zwischen Armenien und Aserbeidschan berücksichtigen müssen. Die Strasse nach Erewan, so die Botschaft Ankaras, führt weiterhin durch Baku.

Dass der Ratifizierung hohe Hürden im Weg stehen, macht auch die Reaktion der beiden wichtigsten Oppositionsparteien deutlich: Die grösste Oppositionsgruppierung, die Republikanische Volkspartei (CHP), wirft der Regierung vor, sich mit der Annäherung an Armenien lediglich ausländischem Druck zu beugen – ein Vorwurf, den sich Ankara derzeit auch bei der Annäherungspolitik gegenüber den Kurden im Land anhören muss. Der stellvertretende CHP-Chef, Onur Öymen, bezeichnete das Abkommen als beunruhigend für die Zukunft der Türkei.

Noch deutlichere Worte wählte die rechtsgerichtete Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die von einem «schwarzen Tag» für die Türkei sprach. Das Abkommen unterhöhle die strategische Allianz mit dem Bruderland Aserbeidschan, erklärte der stellvertretende MHP-Fraktionschef Mehmet Sandir. Zwar könnte Erdogan solche Kritik schlicht ignorieren, zumal die von ihm angeführte Regierungspartei, die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), im Parlament eine solide Mehrheit besitzt. Ein Thema von solcher Tragweite und historischem Gewicht wie die Aussöhnung mit Armenien an

divergierenden Stimmen vorbei durchs Parlament zu peitschen, kann sich aber selbst die AKP, die jüngst bei Lokalwahlen an Einfluss eingebüsst hat, kaum leisten.
«Prozedurale» Verzögerung

Der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu, der sich in Zürich aufgrund beidseitiger Vorbehalte gegenüber den geplanten Redetexten nicht öffentlich zu den Protokollen hatte äussern dürfen, spielte am Sonntag die Verzögerung der Vertragsunterzeichnung herunter: Der Grund sei rein «prozeduraler» Natur gewesen. Das Abkommen bezeichnete Davutoglu, unter dessen Führung sich die türkische Aussenpolitik verstärkt auch den östlichen Nachbarn zuzuwenden begonnen hat, als Reflexion der friedlichen Vision der Türkei. Sein Land wolle keine armen Nachbarn, erklärte der Minister mit Blick auf die miserable Wirtschaftslage Armeniens. Auch er beteuerte, dass eine Lösung des Nagorni-Karabach-Konflikts für die Annäherung an Armenien von zentraler Bedeutung sei.

TÜRKIYE, ŞART İLERİ SÜRÜYOR

Başbakan Erdoğan, Zürich'teki anlaşmadan sonra öncelikle Ermenilerin adım atması gerektiğini düşünüyor ve Ermenilerin Azerbaycan'dan çekilmemesi durumunda sınırın açılmasının mümkün olmadığını belirtiyor.

Başbakan Recep Tayyip Erdoğan gerçi Ermenilerle imzalanan anlaşmayı önemli bir adım olarak övdü. Ancak pazar günü, Zürich'te imzalanan protokollerin hayata geçirilmesi yolunda henüz aşılması gereken büyük engeller olduğunu da vurguladı. Özellikle Ermeniler tarafından işgal edilmiş Azerbaycan'daki enklav Dağlık Karabağ ihtilâfına bakıldığında, Erdoğan bir uzlaşmaya hazır olmadığı sinyalini veriyor. Başbakan, Ermenilerin, işgal ettikleri enklavdan geri çekilmesini talep etti, bu bölgede Ermeni birlikleri bulunduğu sürece, Türkiye'nin sınırın açılması konusunda bir adım atamayacağını vurguladı.

Sınırın açılmasının Dağlık Karabağ ihtilâfının çözümüyle ilişkilendirilmesi, iki taraflı ilişkilerin hızlı bir şekilde normalleşmesini beklemeye izin vermiyor. Türk muhalefeti de bu toprak kavgasında, hiç azalmayan bir güçle, sıkı kültürel ve dil bağları bulunan müttefik Azerbaycan'ın yanında yer alınmasında ısrar ediyor. Erdoğan pazar günü, bu beklentileri karşılama konusunda bariz bir gayret gösterdi. Erdoğan, Zürich'te imzalanan protokollerin onay için parlamentoya sunulacağını, ancak parlamentonun onay hakkında karar verirken Ermenistan ve Azerbaycan arasındaki durumu dikkate almak zorunda kalacağını söyledi. Ankara'nın mesajına göre, Erivan'a giden yol Bakü'den geçmeye devam ediyor.

Onayın önündeki yolda büyük engeller bulunduğu, iki önemli muhalefet partisinin tepkisinden de anlaşılıyor. Ana muhalefetteki Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), hükûmeti, Ermenistan ile yaklaşarak dış baskılara boyun eğmekle suçluyor. Bu, hâlen Ankara'nın, ülkedeki Kürtlerle yaklaşma politikasında da duymak zorunda kaldığı bir suçlama. CHP Genel Başkan Yardımcısı Onur Öymen, anlaşmayı Türkiye'nin geleceği için endişe verici olarak tanımladı.

Sağ eğilimli Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) daha net kelimeler seçerek, Türkiye için "kara gün" dedi. MHP Grup Başkanvekili Mehmet Şandır, "Anlaşma, kardeş ülke Azerbaycan ile stratejik ittifakın altını oycaktır." açıklamasını yaptı.

Ancak Erdoğan, bu eleştirileri açıkça görmezden gelebilir. Çünkü kendi yönetimindeki İslami muhafazakâr iktidar partisi AK Parti, Mecliste büyük çoğunluğa sahip. Fakat Ermenilerle barışma gibi böylesine önemli ve tarihî ağırlığı olan bir konuyu, aykırı sesleri yok sayarak parlamentodan geçirmeyi, -geçen yerel seçimlerde oy kaybı yaşayan- AK Parti bile yapamaz.

Zürih'te, planlanmış konuşma metinlerine karşı iki taraflı çekinceler nedeniyle protokoller hakkında resmî bir açıklama yapamayan Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu pazar günü, anlaşmanın imzalanmasındaki gecikmeyi önemsiz olarak göstererek, sebebin tamamen "prosedür kaynaklı" olduğunu söyledi. Davutoğlu, -ki onun yönetiminde Türk dış politikası Doğu'daki komşularına da giderek daha fazla yönelmeye başladı- anlaşmayı Türkiye'nin barışçı vizyonunun yansıması olarak tanımladı. Bakan, Ermenistan'ın çok kötü ekonomik durumuna işaret ederek ülkesinin fakir komşu istemediğini söyledi. Dağlık Karabağ ihtilâfının çözümünün Ermenistan ile yakınlaşmada merkezî bir öneme sahip olduğunu Davutoğlu da vurguladı.

Wird der Genozid relativiert?

DIE WELT

Die Welt, 13.10.2009

Von Boris Kalnoky

Armenien und die Türkei wollen eine Historikerkommission zu den Massakern 1915-1917 berufen. Exil-Armenier laufen dagegen Sturm

Am 10. Oktober unterzeichneten Armenien und die Türkei zwei Vereinbarungen zur Normalisierung ihrer Beziehungen. Das Ergebnis ist ein Aufschrei des Entsetzens in der armenischen Diaspora. Weltweit demonstrieren und protestieren Armenier, nicht so sehr, weil die Grenzen geöffnet werden sollen, was nur gut sein kann für Armeniens Wirtschaft, und auch nicht, weil beide Länder Botschafter austauschen wollen. Was die Diaspora mit Abscheu erfüllt, ist ein Detail, das in westlichen Medien bislang kaum zur Sprache kam: Eine internationale Historikerkommission soll die Wahrheit über den Genozid an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches 1915-17 untersuchen.

Damit wird eine jahrelange Strategie der Diaspora torpediert, genau das zu verhindern. Überall auf der Welt wurden und werden Regierungen und Parlamente von armenischen Organisationen aufgefordert, den Völkermord per Mehrheitsabstimmung zur verbindlichen historischen Wahrheit zu erklären, und dessen Leugnung unter Strafe zu stellen. Das Osmanische Reich hat den ersten Holocaust der Geschichte an einem wehrlosen und unschuldigen Volk begangen, Hitler hat sich davon inspirieren lassen, als er die Juden Europas ausrottete, 1,5 Millionen Armenier starben, und es war die erklärte Absicht der Osmanen, die

Armenier als Volk zu vernichten. So lauten die Eckpunkte dessen, was nach dem Willen der Auslandsarmenier niemand anzweifeln darf, und wenn jemand es doch tut, dann soll er ins Gefängnis.

Und plötzlich scheint Armenien selbst einzuräumen, dass vielleicht noch nicht das letzte Wort gesagt ist über das, was damals passierte, dass es noch viel zu erforschen gibt, und dass eine Historikerkommission vonnöten ist, um endgültig Klarheit zu schaffen. Welches Parlament wird nun noch Erklärungen zu einem Völkermord abgeben wollen, bevor die Kommission in Jahren vielleicht zu einem abschließenden Urteil gelangt ist?

Dass die oben skizzierte Genozidthese überprüft werden soll, das ist es, was die Diaspora empört. Warum? Weil der Völkermord nicht nur Geschichte ist, sondern auch Identität stiftender Mythos. Sollte die Kommission neue Wahrheiten zu Tage fördern, so geht es nicht nur um staubige Gelehrtenmeinungen, sondern um das sehr lebendige und oft schmerzhaftes Ich-Gefühl vieler Exil-Armenier.

Es kann natürlich sein, dass die Historiker am Ende das, was von mehreren Volksvertretungen bereits als Wahrheit dekretiert wurde, tatsächlich für wahr befindet. Was gibt es überhaupt zu bezweifeln?

Zunächst die Zahl der Opfer. Nach Auffassung des Historikers Hikmet Özdemir, der in der Genozidfrage die türkische Regierung berät, kamen damals nicht 1,5 Millionen, sondern rund 350 000 Armenier ums Leben, und es starben mehr Türken als Armenier. "Ich persönlich verbeuge mich vor allen armenischen Opfern", sagte er in einem Gespräch mit der WELT. "Wir dürfen aber nicht vergessen, dass allein 1915 mehr als 102 000 Türken von Armeniern getötet wurden, und insgesamt 570 000 Türken von armenischer Hand starben." Özdemir betont, dass Krieg herrschte und armenische Freischärler mit den Russen gegen die Osmanen kämpften. Die Entscheidung, die armenische Bevölkerung der Region komplett zu deportieren, betrachtet er als eine Art Anti-Guerilla-Maßnahme, die hohen Opferzahlen erklärt er mit den widrigen Umständen der Zeit. Krankheiten und Hunger, so sagt er, rafften in jenen Jahren selbst in der türkischen Armee unzählige Menschen dahin. Der Historiker Günter Lewy geht in einer neueren Studie von rund 640 000 armenischen Todesopfern aus.

Was die Vernichtungsabsicht betrifft, der Kern des Genozid-Vorwurfs, so sagte der britische Historiker Norman Stone der WELT, dass es ein wenig so ist, "als wenn man sagt: ‚Hitler wollte die Juden töten, aber er ließ jene von Berlin, Frankfurt und Köln in Ruhe'. Das Entscheidende ist natürlich, dass die Osmanen die Armenier in Aleppo oder Istanbul nicht angerührt haben." Die Deportationen erfolgten in den Gebieten, in denen eine militärische Gefahr drohte.

Türkische Historiker verweisen darauf, dass den Deportationen Angriffe armenischer Freischärler vorangegangen seien, die auf osmanischem Boden einen eigenen Staat errichten wollten, und dass die Tragödie nicht entstanden wäre ohne dieses Element eines aggressiven armenischen Nationalismus'.

Armenische Historiker begegnen solchen Argumenten meist, indem sie sie mit Verachtung strafen. Standardreplik ist, dass Zweifler ("Leugner" im Jargon der Diaspora) "im Solde der Türkei" stehen, oder dass Historiker wie der prominente

britische Islamwissenschaftler Bernard Lewis, der die Genozid-These ablehnt, jüdisch seien und nur den Holocaust am eigenen Volk als Völkermord anerkennen wollten.

Stone, der in Ankara lehrt, hält die geplante Kommission für überfällig. "Zum Holocaust gab es die Nürnberger Prozesse", sagt er. "Die Frage des armenischen Genozids hat nie ein ordentliches Gericht erreicht, wo die Beweise gesichtet und bewertet worden wären. Als Juristen sich mit der Materie befassen, zur Zeit der britischen Okkupation Istanbuls 1919 bis 1922, hatten die Briten die osmanischen Archive zur Verfügung gestellt, sie konnten verhören, wen sie wollten, und haben nie irgendwelche Beweise für einen Völkermord gefunden. Als sie gebeten wurden, mehrere Dutzend Türken, die als potenzielle Kriegsverbrecher auf Malta gefangen gehalten wurden, wegen Genozids anzuklagen, sagten sie unter größtem Bedauern: Sorry, wir finden keine Beweise gegen diese Leute. Sie fragten die Amerikaner, und die Amerikaner sagten, wir haben auch keine Beweise."

Noch ist nicht klar, wie die Kommission aussehen soll und wie der genaue Auftrag lauten wird. Die Idee kommt von der türkischen Seite, und es ist ein beträchtlicher Erfolg der türkischen Außenpolitik, dass Armenien in deren Bestellung einwilligt. Hikmet Özdemir, der als Mitgestalter von Ankaras Politik in dieser Angelegenheit eine Rolle spielt, wünscht sich eine Art Historiker-Tribunal: "Wir fordern eine offene, internationale Diskussion dieser Frage. Wir haben unsere Archive geöffnet. Wir fordern alle anderen Beteiligten auf, auch ihre Dokumente auf den Tisch zu legen. Und wenn dabei herauskommt, dass es einen Genozid gab, werden wir das akzeptieren."

SOYKIRIM GÖRECELİ HÂLE Mİ GETİRİLECEK?

Ermenistan ile Türkiye, 10 Ekimde ilişkilerinin normalleştirilmesine ilişkin iki anlaşma imzaladı. Ermeni diasporası bu gelişmeye dehşet feryatlarıyla tepki verdi. Ermeniler dünya genelinde gösteri yaparak, kararı protesto ettiler. Protestoların esas nedeni sınırın açılması ya da diplomatik ilişkilerin başlatılması değildi, zira bu durum Ermenistan ekonomisine sadece yarar sağlayabilir. Diasporanın nefretle tepki göstermesine neden olan şey, Batı medyasında neredeyse hiç sözü edilmeyen bir detaydı. Uluslararası bir komisyonun Osmanlı İmparatorluğu'nun Ermeni halkına 1915-17 yıllarındaki soykırımıyla ilgili gerçeği araştırması öngörülüyor.

Bu şekilde diasporanın yıllardan beri sürdürdüğü, tam da bunun engellenmesi stratejisi torpillenmeye çalışılacak. Ermeni organizasyonları, dünyanın her yerindeki hükümetlere ve parlamentolara çağrıda bulunarak, soykırımı çoğunluğun oylarıyla bağlayıcı bir gerçek olarak ilan etmeye ve inkârının cezai takibata tutulmasını talep ediyorlar. Hiç kimsenin şüphe duymasına izin verilmeyen ve şüphe duyanların cezaevine sokulmasını isteyen diaspora Ermenilerine göre, ana hatlarıyla, Osmanlı İmparatorluğu savunmasız ve suçsuz bir halka tarihin ilk soykırımını yapmıştır. Hitler de bundan esinlenerek Avrupalı Yahudileri yok etmiştir. 1.5 milyon Ermeni ölmüştür ve Osmanlı'nın Ermenileri yok etmesi kasıtlı olarak gerçekleşmiştir.

Şimdi ise Ermeniler birden bire, o dönemde neler olduğuna dair belki de son sözün henüz söylenmediğini, daha araştırılması gereken çok şey olduğunu ve nihai açıklık getirilmesi için bir tarihçiler komisyonuna gereksinim duyulduğunu bizzat itiraf

edercesine bir görünüm sergiliyorlar. Bu Komisyon nihai bir karar alıncaya kadar geçecek olan yıllarda, hangi parlamento bir soykırım yapıldığına dair bir açıklama yapmak ister ki?

Diaspora Ermenilerini öfkeliendiren şey, yukarıda ana hatları belirlenen soykırım tezinin araştırılması talebidir. Neden? Çünkü soykırım sadece tarih değil, aynı zamanda kimlik bağışlayan bir efsanedir. Komisyonun yeni gerçekleri gün ışığına çıkarması hâlinde, sadece tozlu düşünceler değil, diaspora Ermenilerinin çok canlı olarak ve çoğu zaman acıyla taşıdıkları "ben hissi" de söz konusu olacaktır.

Tabii ki sonunda tarihçilerin, çok sayıda parlamentonun şimdiden gerçek olarak tanımladıkları şeyi gerçekten olmuş kabul etmesi de mümkün. Bundan kuşkulanan ne var ki?

Öncelikle kurbanların sayısı... Türk hükûmetine soykırım meselesinde danışmanlık hizmeti veren tarihçi Hikmet Özdemir, o dönemde 1,5 milyon değil yaklaşık 350 bin Ermeni'nin öldüğünü ve Ermenilerden çok Türk'ün öldüğü görüşünü savunuyor. Gazetemizle yaptığı görüşmede, "Tüm Ermeni kurbanlar önünde saygıyla eğiliyorum." diyen Özdemir, "Ancak, sadece 1915 yılında 102 binden fazla Türk'ün Ermeniler tarafından öldürüldüğünü ve Ermeniler tarafından öldürülen Türklerin toplam sayısının 570 bini bulduğunu unutmamalıyız." diye konuşuyor. Özdemir, o dönemde savaşın hâkim olduğunu ve Ermeni çetelerinin Ruslarla birlik olup Osmanlı'ya karşı savaştığını vurguluyor. Ermeni halkının komple tehcir edilmesi kararını, bir nevi gerilla-karşıtı-önlem olarak gören Özdemir, kurban sayısının yüksek oluşunu o dönemdeki olumsuz koşullarla açıklıyor. Özdemir, söz konusu dönemde hastalık ve açlığın, Türk ordusunda bile sayısız insanın ölümüne neden olduğunu söylüyor. Tarihçi Günter Lewy yeni araştırmasında yaklaşık 640 bin Ermeni'nin öldüğünden yola çıkıyor.

Soykırım suçlamasının özünü oluşturan kasıtlı imha etme niyeti konusunda ise İngiliz tarihçi Norman Stone gazetemize şu açıklamayı yaptı: "Bu tıpkı, 'Hitler Yahudileri öldürmek istiyordu, ama Berlin, Frankfurt ve Köln'dekileri rahat bıraktı' demeye benziyor. Tabii ki belirleyici olan, Osmanlı'nın Halep ya da İstanbul'daki Ermenilere dokunmadığıdır." Tehcirler askerî tehlikenin tehdit ettiği bölgelerde gerçekleşmişti. Türk tarihçiler, tehcirler öncesinde Türk toprakları üzerinde kendi devletlerini kurmak isteyen Ermeni çetelerinin saldırılarda bulduklarına işaret ederek, Ermeni milliyetçileri bu denli agresif davranmamış olsalardı böylesi bir trajedi yaşanmazdı diyorlar.

Ermeni tarihçiler ise bu tür argümanlara genelde aşağılayarak cezalandırmak yoluyla tepki gösteriyorlar. Standart söylem, şüphe duyanların (diaspora dilinde inkârcılar) Türkiye'nin paralı askerleri olduğu şeklinde. Ya da soykırım tezini reddeden tanınmış İngiliz İslam Bilimcisi Bernard Lewis için, kendisinin Yahudi olduğu ve sadece kendi halkına yönelik holokostun soykırım olarak tanınmasını istediği için böyle davrandığını söylüyorlar.

Ankara'da ders veren Stone, planlanan komisyonun gereksiz olduğunu düşünüyor. Stone şöyle diyor: "Holokost konusunda Nürnberg davaları yapıldı. Ermeni soykırımı meselesi hiçbir zaman, kanıtların incelenip değerlendirildiği düzgün bir mahkemenin önüne gelmedi. İstanbul'un İngiliz işgali altında olduğu 1919-1922 yılları arasında

İngilizler, konuyla ilgilenen hukukçulara Osmanlı arşivlerini açmışlardı. Bu hukukçular istedikleri herkesin ifadesini alabilme imkânına sahiptiler ve hiçbir zaman bir soykırım yapıldığına dair herhangi bir kanıt bulamadılar. Potansiyel savaş suçlusu olarak Malta'da cezaevinde tutulan onlarca Türk'ün soykırım suçundan yargılanması talep edildiğinde ise çok üzgün bir şekilde "Sorry, bu insanlara karşı bir kanıt bulamıyoruz." dediler. Sonra Amerikalılara sordular ve Amerikalılar 'Bizde de kanıt yok.' dediler."

Komisyunun nasıl bir görünümde olacağı ve tam olarak neyle görevlendirileceği henüz belli değil. Bu fikir Türk tarafından çıktı ve Ermenistan'ın bunu kabul etmesi, Türk dış politikasının büyük başarısıdır. Bu konuda Ankara'nın politikasının şekillenmesinde rol oynayan Hikmet Özdemir, bir nevi tarihçiler mahkemesi kurulmasını arzu ediyor. Özdemir, "Bu meselede açık, uluslararası bir tartışma yapılmasını talep ediyoruz. Biz arşivlerimizi açtık. Diğer katılımcıların hepsinden de belgelerini masaya koymalarını talep ediyoruz. Ve sonunda soykırım olduğu ortaya çıkacak olursa bunu kabul edeceğiz." diye konuşuyor.

Die EU muss der Türkei eine Perspektive bieten

Berliner Zeitung

Berliner Zeitung, 15.10.2009

Thorsten Knuf

Es gibt Dinge, ohne die der Herbst einfach kein Herbst wäre. Dazu gehören buntes Laub, verregnete Tage, kalte Nächte und die Aufregung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Immer dann, wenn die EU-Kommission ihren jährlichen Fortschrittsbericht über das Land publiziert, fordern Vertreter von CDU und CSU umgehend, die Beitrittsgespräche mit Ankara abzubrechen oder auszusetzen. So auch gestern.

In der Türkei wandelt sich einiges zum Besseren. Gleichwohl gibt es viele Dinge, die man der Regierung nach wie vor vorwerfen muss. Das Land ist weiterhin kein Rechtsstaat im europäischen Sinne. Der Schutz von Minderheiten ist unzureichend, die Meinungsfreiheit eingeschränkt, und neuerdings geht Premier Recep Tayyip Erdogan ziemlich dreist gegen kritische Medienhäuser vor.

Was die Beitrittsgespräche mit der Türkei betrifft: Die Forderung deutscher Politiker, dem Land die Tür vor der Nase zuzuschlagen, ist ungefähr genau so seriös wie das Versprechen umfangreicher Steuersenkungen inmitten der Krise. Wer ernst genommen werden will, kann nicht nach radikalen Schritten rufen - und absehbare Folgen komplett ignorieren. Die Gespräche aufzugeben hieße, den Reformprozess in der Türkei sofort zu stoppen. Die EU würde einen strategischen Partner brüskieren. Um es mit den Worten Günter Verheugens zu sagen, dem Vize-Chef der EU-Kommission: Niemand kann ein Interesse daran haben, dass die Türkei für Europa verloren geht.

AB, TÜRKİYE'YE BİR PERSPEKTİF SUNMALIDIR

Sonbahar mevsiminin olmazsa olmazları arasında, Türkiye'nin muhtemel bir AB üyeliğinin değerlendirilmesi ve bunun yarattığı bir telaş vardır. Ne zaman AB Komisyonu, Türkiye'nin İlerleme Raporu'nu açıklamaya kalkışsa CDU ve CSU'lu siyasetçiler hiç gecikmeksizin Ankara ile yürütülen üyelik müzakerelerinin askıya alınmasını ya da durdurulmasını talep eder. Dün de aynı şey talep edildi.

Türkiye'de birtakım olumlu gelişmeler dikkat çekiyor. Fakat aynı zamanda hükûmetin birçok konuda hâlâ hatalı davrandığını da belirtmek lazım. Ülke, Avrupalı anlamda bir hukuk devleti olabilmiş değildir. Türkiye'de azınlıkların haklarının korunması yeterli olmamakla birlikte, düşünce özgürlüğü kısıtlıdır ve son zamanlarda Başbakan Erdoğan'ın bazı eleştirel medya kuruluşlarına yönelik oldukça cüretkâr tutumu dikkat çekiyor.

Türkiye'nin üyelik müzakereleriyle ilgili şunu belirtmek lazım: Alman siyasetçilerin, Türkiye'nin dışlanması istemeleri, kriz döneminde vergi indirimi vaadinde bulunmak kadar ciddi bir yaklaşımdır. İnandırıcı olmak isteyen, oluşabilecek sonuçları tamamıyla dikkate almadan radikal çağrılarda bulunmamalıdır. Türkiye ile yürütülen üyelik müzakerelerinden vazgeçilmesi demek, ülkedeki reform sürecinin anında durdurulması demek olur. AB bu şekilde davranırsa stratejik bir ortağını rencide etmiş olur. AB Komisyonu eski şefi Günter Verheugen'in sözleriyle ifade etmek gerekirse "Türkiye'nin Avrupa nezdinde kaybedilmesi hiç kimsenin çıkarına olmaz."

Die Türkei hat einen eigenen Fahrplan

Der EU-Fortschrittsbericht wird kaum beachtet. Ankara reformiert jetzt fast ohne Brüsseler Mitwirkung.

DER TAGESSPIEGEL

Der Tagesspiegel, 15.10.2009

Häufig hat die Türkei in den vergangenen Jahren mit großer Spannung auf den neuen Fortschrittsbericht der EU über den Stand des Ankaraner Europastrebens gewartet. Bei Vorlage des aktuellen Berichts am Mittwoch war von Aufregung jedoch nichts zu spüren. Natürlich laufe in der Türkei nicht alles hundertprozentig, sagte EU-Minister Egemen Bagis schon vor der offiziellen Präsentation des Dokuments, in dem erneut Defizite des Beitrittskandidaten in einigen wichtigen Bereichen aufgelistet wurden. „Wenn es so wäre, wären wir längst EU-Mitglied.“

Nur der nationalistische Rand in der Türkei regte sich über die EU auf. Dass die Brüsseler Experten als Beispiel für Einschränkungen der Meinungsfreiheit unter anderem auf gesetzliche Verbote der Kritik an Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk verwiesen, wurde als Angriff der EU auf die nationale Einheit gewertet.

In dem Bericht bescheinigte die EU dem Beitrittskandidaten Türkei einige Fortschritte. Gelobt wurden unter anderem die jüngste Initiative der Regierung zur friedlichen Beilegung des Kurdenkonflikts und die Annäherung an Armenien. Die EU-Kommission betonte aber auch, bei der Stärkung des Rechtsstaates, bei der Folterbekämpfung und bei der Verbesserung der zivilen Kontrolle über die Militärs habe die Türkei noch viel zu tun. Auch beim Zypernproblem habe sich die Türkei bisher nicht bewegt. Ankara lehnt die Anerkennung der zur EU gehörenden griechischen Republik Zypern ab, solange der türkische Nordsektor der geteilten Mittelmeerinsel von der EU mit einem Handelsembargo belegt wird.

Die Hausaufgabenliste der EU für die Türkei konnte den Alltag in Ankara nicht aus der Bahn werfen. Die Tagesprogramme wichtiger Politiker zeigten, dass die Türkei derzeit mit der eigenen Region beschäftigt ist, nicht mit Brüssel. Staatspräsident Abdullah Gül bereitete sich am Tag des EU-Berichts auf ein historisches Treffen mit seinem armenischen Kollegen Serge Sarkisian vor. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan feilte am Programm für eine Reise in den Irak an diesem Donnerstag. Außenminister Ahmet Davutoglu kehrte von einem Besuch in Syrien zurück.

Wie die EU in ihrem Bericht feststellte, hat die Türkei ihren Reformprozess zwar nicht eingestellt; Entwicklungen wie die Aussöhnung mit Armenien wären vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Doch es ist unübersehbar, dass sich der Reformprozess in der Türkei von der EU abgekoppelt haben.

Da eine baldige EU-Aufnahme unmöglich erscheint und das Lager der Türkei-Gegner in Europa möglicherweise schon bald durch die schwarz-gelbe Bundesregierung in Deutschland gestärkt werden wird, setzt die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan eigene Schwerpunkte. Diese können sich mit Forderungen der EU decken – müssen es aber nicht. So leitete Ankara die Annäherung an Armenien nicht mit Rücksicht auf die EU ein, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass die Türkei gute Beziehungen zu allen Nachbarn haben muss, wenn sie sich als regionale Ordnungsmacht etablieren will.

Die jüngste Kurdeninitiative Erdogans ist ein anderes Beispiel für türkische Reformen ohne EU-Mitwirkung. Der Ministerpräsident und seine Berater sind zu dem Schluss gekommen, dass eine friedliche Beilegung des Kurdenkonflikts nicht nur überfällig und außenpolitisch nützlich, sondern auch innenpolitisch gewinnträchtig ist; Umfragen belegen, dass viele türkische Wähler den seit 25 Jahren andauernden Krieg zwischen der türkischen Armee und den PKK-Kurdenrebellens satt haben. und Erdogans „Kurden- Öffnung“ unterstützen, wie die Initiative des Premiers genannt wird. Im Rahmen der „Kurden-Öffnung“ ist eine Stärkung der Sprachfreiheit für die Kurden vorgesehen, die nach Presseberichten bis hin zur Einführung eines Wahlfachs Kurdisch in staatlichen Schulen reichen könnte. Die EU war in den vergangenen Jahren mit wesentlich bescheideneren Forderungen in Ankara abgeblitzt.

TÜRKİYE'NİN KENDİNE AİT BİR YOL HARİTASI VAR

AB İlerleme Raporu Pek Dikkate Alınmıyor

Türkiye'nin AB işlerinden sorumlu Devlet Bakanı Egemen Bağış, ilerleme raporu henüz açıklanmadan, ülkesinde, her şeyin yüzde yüz olmadığını, olsaydı Türkiye'nin çoktandır AB üyesi olacağını hatırlattı.

Türkiye'deki milliyetçi kesim, Brüksel'in raporunda, düşünce özgürlüğünün kısıtlanmasının Atatürk'ün eleştirilmesini engelleyen yasalardan kaynaklandığının belirtilmesine tepki gösterdi. Bu kesim, AB'nin, ülkenin ulusal bütünlüğünü gözüne kestirdiğini düşünüyor.

AB'nin ilerleme raporunda, hükümetin Kürt açılımından ve Ermenistan ile ilişkilerin normalleştirilme çabalarından övgüyle söz edilirken, hukuk devletinin güçlendirilmesi, işkence ile mücadele ve askerlerin sivil denetimleri gibi konularda daha çok mesafe katetmek gerektiği vurgulandı. Raporda, Kıbrıs konusunda da ilerleme kaydedilmediğine dikkat çekildi.

AB'nin Türkiye için hazırladığı ödevler listesi Ankara'nın gündeminin değişmesine neden olmadı. Türkiye'nin şu sıralarda yakın çevresi ile ilgili olduğu dikkat çekiyor. Bu bağlamda, Cumhurbaşkanı Gül Ermenistan mevkidaşı ile biraraya gelirken, Dışişleri Bakanı Davutoğlu Suriye seyahatini tamamladı. Başbakan Recep Tayyip Erdoğan'ın önümüzdeki günlerde Irak'a gitmesi bekleniyor.

Son zamanlarda Türkiye'nin gerçekleştirdiği reformları AB'nin katkısı olmadan hayata geçirdiği dikkat çekiyor. Türkiye'nin AB üyeliğinin yakın gelecekte mümkün gözükmemesi ve Almanya'da da siyah-sarı koalisyon hükümetinin başa geçecek olması nedeniyle, Başbakan Erdoğan hükümeti kendi belirlediği bir yol haritası oluşturmuş durumda. Bu bağlamda, Ankara Ermenistan ile ilişkilerini bölgesel bir güç olmak için tüm komşularla dostane ilişkiler gerekli düşüncesiyle geliştiriyor.

Başbakan Erdoğan'ın son olarak başlattığı Kürt açılımı da AB'nin katkısı olmadan gerçekleştirilen bir girişimdir. Kürt açılımı kapsamında, Kürtlerin kendi ana dillerini serbestçe konuşabilmeleri ve okullarda Kürtçe öğretilmesi öngörülüyor. Kürt açılımı sadece dış siyasete değil, aynı zamanda iç siyasete yönelik bir girişimdir, zira ülkedeki seçmen 25 yıldır süregelen Türk ordusu ile Kürt asiler arasındaki savaştan bezmiş bir durumdadır.

Goliath gegen Goliath

Enorme Summen im Raum: Der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem Großunternehmer Dogan

ISTANBUL, 14. Oktober
An die üblichen Streitigkeiten zwischen dem türkischen Staat und den Medienbesitzern, die die zähne bewehrten Kampfen aber mit unerschütterlichen Mitteln. Wer siegt wird, ist kaum vorzusagen, denn es ist gleichsam ein Kampf Goliath gegen Goliath. Die türkische Regierung und seine „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP), mit deren Popularität es keine andere politische Kraft im Land aufnehmen kann. Auf der anderen Seite kämpft Aydın Doğan, vor dessen Gedächtnis ein türkischer Pöblisten eingeknickt ist.

Wie erwartet ist der Streit nun auch Teil der massiven EU-Forschertätigkeit zu Beginn. Verdrängt wurde. Dann werden die außerordentlich hohen Steuerstrafen kritisiert, die die türkische Justiz der Medienbesitzer angedroht hat. Die rechtliche Grundlage der Gruppe zu untergraben, und zeigen daher die Pressefreiheit in dem potentiellen Mitgliedstaat in Mitleidenschaft. Es besetzt die November und Ort Rinnens in diesem Steuerverfahren zu bewerten“ wird in dem Bericht gewarnt. Der Medienauftraggeber der OSZE, Miklos Hazrai, hatte das in einem Brief an den türkischen Außenminister besprochen. Die Justizstelle und alarmierende“ Höhe der Geldstrafe gegen die Doğan-Mediengruppe, so Harrazi, sei „beunruhigend“. Die OSZE erwarte von den Regierungen der Mitgliedstaaten, „die sie dazu bringen zu schaffen und im Umgang mit der Presse, besonders gegenüber kritischen Medien, Sanktionsmaßnahmen bei der Anwendung der gesetzlichen Macht des Staates zu über“.

Das jüngste wurde, wird unmissverständlich als unannehmbar hoch bezeichnet, was sie auch ist: Sie beläuft sich auf umgerechnet etwa 1,8 Milliarden Euro. Schon eine frühere Geldstrafe sei an dem Brief. Am Beginn des Jahres ging es um angebliche oder tatsächliche Umgehmäßigkeiten beim Verkauf eines Anteils der Fernsehgruppe der Doğan Mediengruppe an die deutsche Springer AG – und um die Darstellung des Finanzministeriums hätte der Verkauf der Anteile, der im Januar 2008 verbucht wurde, bereits im Dezember 2007 aufgeführt werden müssen.

Doğan-Konzern behauptet, die Regierung setze die Behörden ein, um nicht folgende Medienhäuser zu zerstören. Der Ministerpräsident sagt, Doğan habe seine Journalisten in der Türkei vertrieben. Doğan will die Justiz bei der Überwachung der schließlichen ihre Unterstützung versagen habe. Es ist einer von dem Fall, in denen die Wahrheit tatsächlich einmal in der Mitte liegen könnte. Denn das Imper-



Mächtiger Mann und Träger der Bundesverdienstkreuzer Mitter Sommer besuchte Aydin Doğan am deutschen Druckort der Tageszeitung „Hürriyet“. Doğan Frau Senem und seine Tochter Handazke nahmen die beiden ein. Von oben im Uhrzeigersinn: Doğan, Mitter, Senem Doğan, Handazke Doğan.

ber aus. Diese er dort vor Jahren erlangt hat, hat er nun wieder verloren. Doğan hat sich von Berlin unter anderem durch die Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz entlohnt. Doğanus Tochter Arzuhan Doğan-Staudenagel, Anfang 1996, die seit 2007 in der Türkei lebt, hat ihren Vater besetzt. Er ist seit 2007 auch Präsidenten des mächtigen Industrieverbandes Tisad und tritt, wie viele Mitglieder dieser 1971 gegründeten Vereinigung, für eine engeren Annäherung der Türkei an die EU ein. Ihre Kritik sagen, sie unterstützen die EU-Integration ihres Landes nur deshalb, weil sich das Unternehmen ihres Vaters in einer europäischen Türkei noch besser zurechtfinden kann. In der Türkei ist in diesem Fall einleuchtend – die demokratischen Reformen werden von Tisad begrüßt und gefördert. Tisad hat mehrfach die Kommission mit Begünstigung in Ankara gewagt und nicht selten gewonnen. Der jährliche Zusammenstoß einmal oder als Ausnahme, was er ist – ein Lobbying-Geschäft. Wenn es nach dem Verband des Kapitalismus in der Türkei geht, ist der AKP mit einem Korruptionsverdacht in Verbindung gebracht. Im September 2008 drei Punkte des in Deutschland tätigen Wahlvereins „Demiz Ferret“

GOLIATH GOLIATH’A KARŞI

Oyunun kurallarına kimse uymamakta. Her iki oyuncu da son noktasına kadar silahlanmış ama farklı yöntemlere başvurmakta. Goliath Goliath’ a karşı. Bir tarafta Türkiye’ ni en sevilen partisinin başkanı ve Başbakan Erdoğan, diğer yanda ise gücü ile nerdeyse bir Türk politikacısı gibi tanınan medya patronu Aydın Doğan bulunmakta.

Bu savaş beklenildiği gibi yeni açıklanan AB Komisyonu Türkiye İlerleme Raporu’ nun da bir parçası oldu. Bu raporun içerisinde son dönemde Aydın Doğan’ a verilen para cezasının miktarı da eleştirilmekte. Raporda verilen para cezasının bir firmanın varlığını tehdit etmesi nedeniyle basın özgürlüğünü de kısıtlayıcı nitelikte olduğuna dikkat çekilmekte. AGIT Başkanı Harasti de 16 Eylül’ de Dışişleri Bakanı Davutoğlu’ na ilettiği bir mektubunda „Su ana kadar Türkiye tarihinde benzerine rastlanmamış yükseklikte verilen bu para cezası bizleri rahatsız etmektedir“ şeklinde ifade etmiştir.

Doğan Grubu’ na bu sene içerisinde verilen ikinci para cezasının miktarı yaklaşık 1,8 Milyar Avro’dur. Gruba yılın başında Doğan Medya Grubu’ nun belli bir bölümünün

Alman Medya Grubu Axel Springer' e satışında belirlenen düzensizlikler nedeniyle 400 Milyon Avro' luk bir ceza kesilmiş, bu ceza birçok kesimin tepkisini çekmişti.

Simdi ifadeler birbirleri ile savaşmaktadır. Aydın Doğan, Erdoğan' in hükümete yakın olmayan tüm medya gruplarını yok etmek istediğini ifade ederken, Başbakan Erdoğan ise Doğan' in kendisini belli işlerde desteklemeyen hükümete karşı savaş açmış olduğunu belirtmekte. Gerçek orta noktada bulunabilir. Dogan' in imparatorluğu her noktada kurban rolünü üstlenemez. Türkiye' nin en büyük medya organlarının içinde yer aldığı Doğan Holding' in aynı zamanda içlerinde enerji, ticaret, ulaştırma, sigorta ve otomobil sektörlerinin de yer aldığı farklı sektörlerde faaliyet gösteren birçok firması bulunmakta. Dogan medya grubunu, diğer sektörlerde yer alan firmalarının ve imparatorluğunun çıkarlarına yönelik olarak da kullanmakta.

Doğan Medya Grubu' na Türkiye' nin önde gelen gazetelerinden Hürriyet (460000 tiraj), Milliyet (167000), Radikal (40000), Fanatik (217000) ve Vatan (180000) ait olurken, Kanal D, Star, CNN Türk gibi yarım düzine televizyon kanalı da grup bünyesinde yer almakta. Ülkedeki vatandaşların yaklaşık üçte biri Dogan' in gazetelerini okumaktalar. Frankfurt' ta basılan Hürriyet Avrupa ile Dogan aynı zamanda Almanya' da yasayan Türkler' i de etkilemeye çalışmakta. Dogan' in 1956 doğumlu kızı Arzuhan Doğan Yalçındağ da yıllardır Holding' te önemli alanlarda yöneticilik görevlerini üstlenmekte ve 2007 yılından beri de 1971 yılında kurulmuş ve ülkenin güçlü Sanayi Derneği olan TUSIAD' in başkanlığını yürütmektedir. TUSIAD Türkiye' in AB'ne katılım sürecini desteklemektedir. Doğan Yalçındağ' in eleştirilenleri, kendisinin AB' ne katılım sürecini sadece babasının AB' ye entegre olmuş bir Türkiye' de daha iyi iş yapabileceği için istediğini belirtiyorlar. Öte yandan TUSIAD kurum olarak Türkiye' nin AB reform sürecini yıllardır bizzat desteklemektedir. TUSIAD birçok kere Ankara ile çeşitli konularda tartışmış ve bu tartışmalardan galip ayrılmıştır. Eski TUSIAD Başkanı Ali Koç bir keresinde TUSIAD' i „Sermayenin lobiciliği“ olarak nitelendirmiştir. Washington, Brüksel ve birçok Avrupa başkentinde temsilciliği bulunan derneğe kalsa Türkiye en geç 2014 yılında AB' ne üye olacaktır.

AKP ile Doğan arasındaki savaş 2008 yılındaki büyük bir yolsuzluk skandalı ile ortaya çıktı. Dogan' in gazeteleri Eylül 2008' de Almanya' da ortaya çıkan Deniz Feneri skandalı ile AKP arasında bağ kurunca Dogan ile Erdoğan arasındaki bağlar gerildi. Erdoğan, destekçilerini Doğan' in yalancı gazetelerini okumamaya çağırdı ve Doğan' in İstanbul' daki bir emlak projesine hükümetten destek alamadığı için bu tarz haberler yayınladığını ifade etti.

Tayyip Erdoğan, „AKP hükümeti bizden önceki hükümetlere benzemez. Tayyip Erdoğan da eski başbakanlara benzemez. Dogan bu tarz delice işlere girişiyor, çünkü hükümet ile iş yapamıyor. Kampanyanın perde arkası budur“ şeklinde konuştu. Erdoğan' in bu sert konuşmalarında muhtemelen AKP' nin kapatılma davasında Doğan' in gazetelerinin büyük kısmının kapatılmadan yana pozisyon alması da rol oynamaktadır.